

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 9

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Rundschau

Zur Lage

Das Bild, das die Kriegslage auf das Jahresende bietet, kann wohl grundsätzlich kaum treffender bezeichnet werden als mit der Wendung, die Bundesrat Pilet in der letzten Rede seiner Laufbahn als Bundesrat am 12. Dezember vor dem Nationalrat brauchte: daß nämlich der Krieg mehr und mehr in das Politische übergehe. Tatsächlich erscheint denn auch der noch bevorstehende Kriegsverlauf in Europa in seinen wesentlichen Zügen ebenso vorbestimmt wie unaufhaltsam; die im Augenblick bestehende Unsicherheit in Bezug auf den zeitlichen Ablauf fällt zwar für manche politische Entschlüsse und Entwicklungen vielleicht retardierend ins Gewicht, kann aber insofern niemals mehr entscheidend sein, als an der grundsätzlich vorgezeichneten Linie zwar Einbuchtungen hervorgerufen werden können, ihr Lauf selbst aber nicht mehr geändert zu werden vermag. Aus diesen Gründen rückt auch die Frage nach dem praktischen Kriegsende auf einen andern Platz als noch vor einigen Monaten, und dies auch deshalb, weil mit einiger Sicherheit damit zu rechnen ist, daß der Krieg in Europa, unter den gegebenen Umständen, einen formellen Abschluß überhaupt nicht erleben, vielmehr im Verlauf der kommenden Monate allmählich in eine andere Form übergehen wird, um mit der Zeit einen mehr und mehr unterirdischen Charakter anzunehmen.

Diese grundsätzliche Entwicklung wird in ihren kommenden Perspektiven durch die Wendung bestätigt, die an verschiedenen Punkten des Gesamtbildes der europäischen Politik zu beobachten ist. Vieles wird dabei praktisch ohne weiteres vorweggenommen — ein Zeichen für die überall vorausgesetzte Bestimmtheit der kommenden militärischen Geschehnisse. Es stehen dabei verschiedene Punkte im Vordergrund.

Erster Punkt. Es scheint bezeichnend, daß über das offensichtliche Hauptproblem der Nachkriegsentwicklung, die Beziehung Deutschlands, heute noch sehr wenig Klarheit besteht. Anscheinend ist man an den bisherigen Konferenzen, vor allem an der grundlegenden Konferenz von Teheran, diesem Problem nicht eigentlich auf den Grund gegangen. So scheinen beispielsweise nicht einmal die Besitzungsabschnitte endgültig festgelegt, und es besteht deshalb auch in dieser Richtung, die gerade uns besonders interessieren muß, noch keinerlei Sicherheit. Zudem ist die Frage der Grenzen Deutschlands anscheinend nach wie vor und völlig in der Schwebe, und zwar nicht nur im Osten, wo das Problem eng mit der immer noch ausstehenden Lösung der polnischen Frage verknüpft ist, sondern auch im Westen, nachdem bis heute weder über die endgültigen Ansprüche Frankreichs noch auch über den Grad ihrer voraussichtlichen Anerkennung Klarheit besteht. In diesem Zusammenhang ist nun auch wieder das alte Problem einer Neutralisierung des Rheinlandes aufgeworfen worden, und mit ihr die Frage der kommenden inneren Organisation des heutigen Reiches selbst gestellt, aber noch keineswegs beantwortet. Hier wird sich zumindest eine Entscheidung in jener Hauptfrage ergeben müssen, nämlich inwieweit das Bismarck'sche Reich zu erhalten, bzw. inwieweit es historisch zu unterschreiten wäre — eine Frage, die ja auch in deutschen Kreisen keineswegs eindeutig,

in vielen von ihnen jedenfalls im letzteren Sinne positiv beantwortet zu werden pflegt. Man sieht also, daß sich auf diesem wichtigsten Entscheidungsfelde — Deutschland — noch manche, im Grunde alle wesentlichen Probleme in der Schwebe, im Bereich des Ungelösten, befinden. Auch wird man hier eine Lösung wohl kaum zu erwarten haben, bevor nicht die oftmals angekündigte, aber bis heute noch nicht zustande gekommene Dreierkonferenz getagt hat. Mit dieser hat es eine besondere Bewandtnis. Denn man hat sich im Kreise der Großmächte mit ihrer Ansetzung kaum allein wegen der militärischen Lage nicht zu sehr beeilt (diese erfordert zurzeit zweifellos noch keine raschen Entschlüsse), sondern es spielen hier ganz offensichtlich auch, und vielleicht in der Hauptache, politische Erwägungen innerhalb der Koalition eine große Rolle.

Dies führt uns zu dem zweiten Punkt. Es ist die Frage der Organisation des internationalen politischen Aufbaus in der Nachkriegszeit. Zweifellos weiß man auch hier bis heute nicht viel Positives, sodaß die negativen Gesichtspunkte einstweilen durchaus überwiegen. Unter ihnen fällt vorerst ins Auge die nunmehr im Vollzug begriffene Liquidation des Völkerbundes, dessen Akten, unter ihnen vor allem die dort niedergelegten Verträge, zuhanden der kommenden neuen Organisation nunmehr gesichtet, abgehoben und bereitgestellt werden. So war wenigstens in einer jüngst durch die Welt gegangenen Meldung zu lesen. Dies bedeutet allem Anschein nach das Ende einer Institution, die wenig Ruhm geerntet hat, um welche die Abschiedstränen nur spärlich fließen werden, und der man, insbesondere, auch hierzulande kaum in irgendwie zu bemerkendem Ausmaß nachtrauern wird, obwohl sie ihren Sitz in der Schweiz hatte. Das zweite, freilich diesmal nicht formelle, umso mehr aber materiell wichtige negative Element ergibt sich aus den Folgerungen in dem Felde der internationalen Organisation, wie sie an der Konferenz von Dumbarton Oaks zutage getreten sind. Sie haben zweifellos das Bild einer Einigung der Mächte nicht ergeben. Und dabei scheint es sich nicht einmal allein um die in den Vordergrund geschobene Frage des Gewichtes der mittleren Staaten in der kommenden Organisation zu handeln, die vorerst negativ entschieden wurde — von den kleinen Staaten gar nicht zu reden. Es sind nämlich bei dieser Gelegenheit innerhalb der Koalition der Großmächte noch weitere Frictionspunkte zu Tage getreten, so insbesondere in Bezug auf die Frage der Schaffung einer internationalen Polizeimacht, und hier speziell noch hinsichtlich der internationalen Luftpolizei und ihrer zweckgebunden benötigten Stützpunkte (daß Russland in dieser Hinsicht zumindest außerordentlich zurückhaltend ist, vermag vielleicht auch seine nachträgliche brüskie Absage an die Konferenz von Chicago, mitamt Begründung, vollumfänglich zu erklären). Jedenfalls ergibt sich, daß auch in der Frage der internationalen Organisation noch keine Verständigung erzielt worden ist. So mag denn dieses nach der Frage der Behandlung Deutschlands wohl wichtigste Problem ebenso der Entscheidung durch die in Aussicht genommene Dreierkonferenz überlassen bleiben. Und was nun eben bis dahin stattfindet, was wir also in der jetzigen Zeitspanne erleben, läßt sich vielleicht am besten gleichsam als eine oft forcierte *magistrale Abstechung* im Hinblick auf jene kommende Konferenz charakterisieren. Diese Zwischenzeit wird von den einzelnen Mächten nun, nach ihrer Weise, dazu benutzt, die Probleme der Nachkriegsorganisation einstweilen und mit starker Hand *autonom* zu regeln, nachdem auf dem gemeinsamen Felde der Schlüssel nicht gefunden worden ist. Allein hier

ist nun gleichzeitig eine neue Differenz zwischen den drei Mächten bemerkbar. Denn je schärfer die beiden europäischen Großmächte in diesen Bezirken vorgehen, umso empfindlicher zeigt man sich in den Vereinigten Staaten, die befürchten müssen, auf diese Weise schließlich einen großen Teil ihres präsumptiven Nachkriegsgewichtes wieder zu verlieren. Deshalb ist man dort durchaus gegen die autonome Regelung; deshalb auch die Intervention des neuen Staatssekretärs, Stettinius, der sich zudem mit Kräften umgeben hat, die auf eine recht massive Anteilnahme ihres Landes an der kommenden Organisation, mit besonderem Schwerpunkt nach der Wirtschaft, schließen lassen. Aus diesem Grunde sieht man in Washington gewisse rasche und autonome Entwicklungen auf dem europäischen politischen Felde nicht gerne. Tatsächlich aber gehen diese Entwicklungen in steter Folge vor sich, sodaß, was auf dem internationalen Felde bestimmt wenigstens vorläufig, wahrscheinlich jedoch überhaupt nicht zu erreichen ist — nämlich die Anerkennung und Sicherstellung der Macht position der einzelnen Großmacht —, so rasch wie möglich durch deren eigene Maßnahmen verwirklicht werden soll. Bündnisse und Interessensphären sind dazu der Weg. Hier wäre einerseits Russland zu nennen. Ihm stehen — so wenigstens scheint es der Vereinbarung mit Churchill in Moskau zu entsprechen — sämtliche östlichen Elemente zur Verfügung. Es bestimmt in Finnland, in Rumänien, in Bulgarien vollständig, in Jugoslawien mindestens zu einem großen Teil. Ihm ist auch das Prinzip in Ungarn zugewiesen. Anderseits Großbritannien. Seine Sphäre umfaßt die kleinen Weststaaten mit Belgien und Holland, Portugal, Griechenland. Italien scheint ihm überwiegend zugewiesen — dies ließe sich unter Umständen aus der Tatsache entnehmen, daß die jüngsten britischen Interventionen dort in Russland kaum beachtet wurden, so wie die in Belgien und Griechenland es bis heute geblieben sind. Bei dieser machtmäßigen Verteilung und Beanspruchung bleibt es vorerst, ungeachtet der amerikanischen Interventionen. Was im besonderen Italien betrifft, so hat England dort, mit den Kolonien, ohnehin wesentliche Machtpositionen in der Hand, und dazu kommt seine Verfügung über die italienische Flotte, die es ihm immerhin ermöglicht hat, erst in ganz jüngster Zeit noch seine jetzt strategische Position im Fernen Osten, durch Einsatz starker Einheiten, wesentlich zu verstärken. Als gemischte Objekte scheinen sich, in Bezug auf die Einflussphären, herauszuschälen Norwegen, Persien, das bereits erwähnte Jugoslawien, und eventuell auch Spanien, wo russischerseits starke Imponderabilien ideologischer Natur im Spiele stehen, während anderseits eine anlässlich des Besuches von Churchill in Paris zwischen England und Frankreich über dieses Land getroffene Verständigung nach der andern Richtung weist, wie sie auch den geopolitischen Gesichtspunkten wohl eher entspräche. Noch völlig unentschieden ist jedoch, trotz den eindeutigen geopolitischen Gegebenheiten, wider Erwarten das Problem Polen. Daß sich hier starke britische Einflüsse zu Gunsten einer gewissen Unabhängigkeit des Landes geltend machen, ist bisher zu oft übersehen worden; allein hier ist außerdem ein Punkt, wo auch die Vereinigten Staaten ein starkes Gewicht im Einsatz stehen haben, das, zu einem Teil jedenfalls, mit der Wiederwahl Roosevelts zum Präsidenten zusammenhängt. — Als einziges Land aber hat sich, dank einer vorbildlichen politischen Führung, Frankreich eine weitgehend unabhängige Stellung zu sichern gewußt — eine Leistung, deren Größe sich ermessen läßt, wenn man die völlige machtpolitische Gewichtslosigkeit dieses Landes

noch vor wenigen Monaten in Betracht zieht. Nun hat die Gaule — auch hier wieder ein Meister — erst das traditionelle Bündnis mit Russland wieder aufgenommen, bevor er sich dem näheren oder weiteren Westen entschiedener nähern will. Wie die wirklichen Absichten liegen, geht aber zweifelsohne aus der Resolution des Nationalrates der französischen Widerstandsbewegung vom 12. Dezember 1944 hervor, worin zu dem Bündnis mit Russland der Hoffnung Ausdruck gegeben wird,

„daß die gemeinsame Sache der Vereinigten Nationen durch den Abschluß ähnlicher Abkommen mit den übrigen Alliierten noch verstärkt werde“

— was übrigens durchaus nur im Interesse des wiedererstandenen Staates selbst liegen dürfte. — Es ergibt sich demnach, daß die Frage: Westblock — Ostblock durch die bisherigen Entwicklungen bereits weitgehend und positiv beantwortet ist. Beide sind in Bildung begriffen, und es läßt sich nicht bestreiten, daß der an sich äußerst heikle Ablauf dieser Dinge bisher ohne wesentliche Störungen vollzogen wurde, wenn auch gewisse empfindliche Punkte, wie beispielsweise der Konflikt um Teheran, keineswegs übersehen werden dürfen. Abschließend sei, zu diesem zweiten Punkt der Bündnisse und Einflussphären, auch noch der neuesten Aspirationen Russlands als Seemacht gedacht, wie sie in der jüngsten Propaganda Moskaus zum Ausdruck kommt.

Es fließt aus diesem zweiten der dritte Punkt: die neue innere Gestaltung der europäischen Staaten. Wie stark diese von der entsprechenden Interessensphäre abhängig ist, zeigt die jüngste Entwicklung mit einer Deutlichkeit, die alle weiteren Ausführungen hierzu überflüssig macht. Auch hier erscheint allein Frankreich, entsprechend der äußeren Unabhängigkeit, die zu gewinnen es auf gutem Wege ist, in einer selbständigen Lage. Schon heute ist beispielsweise erkennbar, daß das Land weit davon entfernt ist, jene kommunistischen Triumphe zu erleben, die ihm von gewisser Seite vorausgesagt wurden. Man wird deshalb auch die Folgen der Rückkehr Thorez' mit Ruhe zu beobachten haben, indem man vorerst nicht ohne Interesse feststellt, daß in dem Lande die übergröß angekündigten Verstaatlichungsbestrebungen bereits Mühe haben, sich durchzusetzen, während anderseits Gründungen wie die der „Republikanischen Volksbewegung“ (jungföderalistischen Charakters), mit durchaus gemäßigtem Programm, alle Beachtung verdienen. — Unsicher freilich, auch in Bezug auf die innere Richtung, will uns bisher die Lage in dem so schwer geprüften Italien erscheinen, wo der offenkundigen Tendenz Englands, die auf die Stützung der Monarchie und der konservativen Elemente abzielt, eine äußerst geschickte und wendige kommunistische Equipe unter Führung von Togliatti das Spiel bietet, der in der Moskauer Schule den Namen Ercole Ercoli angenommen hat.

Zürich, den 15. Dezember 1944.

Jan v. Sprecher.